

II-8566 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4230 IJ

1993-01-29

A N F R A G E

der Abgeordneten Böhacker, Rosenstingl
an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Verzichtserklärung für Telefonbücher

Seit mehreren Jahren werden von der Post an die Telefonteilnehmer Schreiben versandt, wonach die Post bemüht ist, den hohen Papierbedarf für die Telefonbücher zu senken, um damit einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Die Telefonteilnehmer haben die Möglichkeit auf ein neues Telefonbuch zu verzichten. Von Seiten der Post besteht jedoch keine Bereitschaft, die entstehenden Ersparnisse an die Teilnehmer weiterzugeben. Nach Angabe der ÖPT verzichteten letztes bundesweit 20 % der Telefonteilnehmer auf die Neuausgabe des Telefonbuches, im Raum Wien waren es sogar 30 %. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr die nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie hoch sind die Kosten für eine neue Telefonbuchgarnitur inklusive des Verwaltungs- und Vertriebsanteil?
Wie hoch sind die Kosten aufgegliedert nach Bundesländern?
2. Wie groß ist die Bereitschaft seitens der Telefonteilnehmer, die Verzichtsmöglichkeit in Anspruch zu nehmen aufgegliedert nach Bundesländern?
3. Wie hoch ist die totale Summe, die 1991 eingespart werden konnte und mit welchen Einsparungen ist für das Jahr 1992 bzw. 1993 zu rechnen?

4. Wie wirkt sich die praktizierte Aktion auf die täglichen Anrufe bei der "Auskunft" aus?
5. Gibt es Pläne, einen entsprechenden finanziellen Anreiz, die Telefonteilnehmer zu schaffen, die auf ein neues Telefonbuch verzichten wollen?
6. Wird in Zukunft an dem Modell der "Auskunft" zu Ortsgebühren festgehalten werden? Wenn nein, welche Wege werden beschritten? Wenn ja, werden stehende Kapazitäten aufgrund der zu erwartenden Nachfragersteigerung erweitert?